

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer

Abg. Thomas Mütze

Abg. Alexander König

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Antrag der Abgeordneten

**Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD),
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER),
Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u. a. und Fraktion
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

**zur Untersuchung eines möglichen Fehlverhaltens
der verantwortlichen bayerischen Behörden, insbesondere der zuständigen
Staatsministerien, der Staatskanzlei, des damaligen Staatsministers der
Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat Dr. Markus Söder und weiterer
politischer Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger im
Zusammenhang mit dem Verkauf der GBW-Anteile durch die Bayerische
Landesbank (BayernLB) im April 2013 ([Drs. 17/21814](#))**

und

Festlegung

**der Mitgliederzahl, der Besetzung und des Vorsitzes des
Untersuchungsausschusses**

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Vereinbarung im Ältestenrat 36 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Halbleib von der SPD. Bitte sehr, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen heute in diesem Bayerischen Landtag einen Untersuchungsausschuss ein, der nach unserer festen Überzeugung die größte sozialpolitische Fehlleis-

tung der Staatsregierung in den letzten Jahrzehnten zum Untersuchungsgegenstand hat.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Der jetzige Ministerpräsident spricht beim Kauf der HGAA durch die Landesbank vom größten wirtschaftspolitischen Fehler der Nachkriegszeit, wohl wissend, dass dieser Fehler vor seiner Zeit als Finanzminister erfolgte. Man kann ihm da nicht ganz widersprechen. Er vergisst aber oder versucht, vergessen zu machen, dass er danach in seiner ureigensten Verantwortung als bayerischer Finanzminister die größte sozialpolitische Fehlleistung der Staatsregierung zu verantworten hat, nämlich den Verkauf der Gemeinnützigen Bayerischen Wohnungsgesellschaft und damit den Verkauf von 33.000 Wohnungen, in denen 85.000 Mieter leben. Dieser Verkauf fällt vollständig in seine politische Verantwortung, und die werden wir in diesem Untersuchungsausschuss aufdecken.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Natürlich sind die Fragen "Warum ein Untersuchungsausschuss?" und "Warum ein Untersuchungsausschuss jetzt?" berechtigt. Die Gründe dafür sind fünf politische Märchen der Staatsregierung:

Das erste Märchen zum Verkauf der GBW, das seit Jahr und Tag und bis zu dieser Stunde erzählt wird, muss endlich widerlegt werden. Die Staatsregierung erzählt seit langer Zeit und bis heute das Märchen, dass der Verkauf der GBW eine Vorgabe der EU-Kommission gewesen sei.

Das zweite Märchen lautet, die EU-Kommission hätte dem Freistaat Bayern untersagt, die GBW zu erwerben.

Das dritte Märchen lautet, nicht die Staatsregierung hätte irgendeine Verantwortung, sondern allenfalls die Bayerische Landesbank.

Das vierte Märchen lautet, die Mieter seien durch eine Sozialcharta XXL – das ist auch so ein Wortungetüm unseres jetzigen Ministerpräsidenten – vor der Unbill des freien Mietmarkts geschützt.

Das fünfte Märchen: Eine eigene Wohnungsbaugesellschaft sei nicht Aufgabe des Freistaats Bayern.

Wir werden mit diesem Untersuchungsausschuss nachweisen, dass diese Darstellungen, diese politischen Märchen, falsch sind und der Verkauf der GBW von Anfang an ein sozialpolitischer Skandal erster Güte war.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben einen doppelten Skandal. Zuerst wurden 33.000 Mietwohnungen mit 85.000 Mietern privatisiert und den Fliehkräften des freien Marktes ausgesetzt.

(Tobias Reiß (CSU): Sozialcharta!)

Jetzt kündigen Sie an, dass eine staatliche Wohnungsbaugesellschaft benötigt würde. Der Skandal des Verkaufs der GBW-Wohnungen im Jahre 2013 wird damit in diesem Jahr 2018 zu einem doppelten Skandal. Sie haben sieben Jahre lang gesagt, wir bräuchten keine Wohnungsbaugesellschaft. Die GBW-Wohnungen seien zu Recht privatisiert worden. Jetzt, 200 Tage vor der Landtagswahl in Bayern 2018, wollen Sie eine staatliche Wohnungsbaugesellschaft gründen, um bezahlbare Wohnungen für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen zu schaffen. Diese Kehrtwende ist ein doppelter Skandal, nachdem Sie sieben Jahre lang glasklar ausgeführt haben, der Staat halte sich aus dem Wohnungsbau und der Wohnungswirtschaft heraus. Sie haben damals die GBW-Wohnungen verkauft und wollen heute die Kehrtwende als politische Lösung anbieten.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Die staatliche Wohnungsbaugesellschaft, die Sie jetzt ankündigen, hätten Sie schon vor fünf Jahren gründen können und müssen. Die GBW hätte genau die richtige Grundlage für diese staatliche Wohnungsoffensive geboten.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind es den Mietern schuldig, Aufklärung zu betreiben. Wir sind das allen Mietern in Bayern schuldig, vor allem denjenigen, die auf eine bezahlbare Wohnung warten. Der Umgang mit der GBW ist geradezu symptomatisch für den Umgang der CSU und der Staatsregierung mit dem sensiblen Thema Wohnungspolitik. Dies gilt für die Staatsregierung im Allgemeinen und für Herrn Ministerpräsidenten Dr. Söder im Besonderen. Wir werden die Mieterrechte ganz zentral in den Fokus nehmen.

Gegen diesen Untersuchungsausschuss gibt es mehrere Einwände. So wird behauptet, dass dieser Untersuchungsausschuss ein Wahlkampfinstrument sei.

(Manfred Ländner (CSU): Das ist so!)

– Herr Kollege Ländner, sollte die Bezeichnung "Wahlkampfinstrument" richtig sein, dann gilt das für die 180-Grad-Kehrtwende der CSU und des Herrn Dr. Söder in Sachen staatliche Wohnungsbaugesellschaft. Das ist eine Wahlkampfaktion!

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Diese Aktion des Ministerpräsidenten, 200 Tage vor der Landtagswahl, macht den Skandal des GBW-Wohnungsverkaufs nicht geringer, sondern noch größer, bitterer und zynischer. Deshalb hängen der Impuls und der Gegenstand dieses Untersuchungsausschusses eng mit den fahrlässigen Wahlkampfkündigungen des Herrn Dr. Söder zusammen, fahrlässig deshalb, weil sie allem widersprechen, was Sie bisher in der Wohnungspolitik getan haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir als Parlamentarier können es Ihnen nicht durchgehen lassen, dass sich der politisch Verantwortliche für den GBW-Deal nun als barmherziger Samariter der Mieterinnen und Mieter geriert und ein BayernHeim für alle mühseligen und beladenen Mieter anbietet. Wir hatten bereits ein "BayernHeim". Wir hatten 33.000 Wohnungen in staatlicher Hand. Das war unser "BayernHeim" für 85.000 Mieter. Sie haben deren Wohnungen verhökert und dem freien Markt ausgesetzt. Das ist Ihre Version des BayernHeims, die wir erlebt haben. Deswegen werden wir die von Ihnen gestrickte Legende des alternativen Verkaufs der GBW-Wohnungen in diesem Untersuchungsausschuss widerlegen. Sie betreiben Wahlkampf, wir betreiben Aufklärung im Interesse der Mieterinnen und Mieter.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Die CSU-Fraktion versucht immer wieder, die Übernahme der GBW-Wohnungen in staatliche Hand zu denunzieren, und sagt: Wir wollen Neubauten. Was ist der Bestand an Wohnungen? Wir wollen neue Wohnungen. – Das ist natürlich auch richtig. Das zeigt aber gleichzeitig Ihren wohnungspolitischen Blindflug bis heute. Wir wissen, wie viel Tausend Wohnungen in Bayern jährlich aus der Sozialbindung fallen. Deshalb wissen wir auch, dass wir die Wohnungen der GBW dringend gebraucht hätten, um die Situation, die sich täglich zuspitzt, zu entschärfen. Dem haben Sie sich verweigert. Deswegen sind Sie für diesen wohnungspolitischen Skandal verantwortlich.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen nach wie vor, alle Fragen seien doch geklärt; wir bräuchten nur die Protokolle des Landtags zu lesen. Tatsache ist, zentrale Fragen sind nach wie vor nicht aufgearbeitet. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich stelle fest, Sie haben vor dieser Aufarbeitung Angst, wenn ich mir Ihre aufgeregten Reaktionen der letzten Tage und Wochen ansehe. Deswegen lautet meine feste Überzeugung, dass dieser Untersuchungsausschuss spannender wird, als sich das viele politische Beobachter vorstellen

können. Wir stellen fünf Fragen, die spannend sind, weil sie bisher nicht beantwortet wurden:

Erstens. Was haben die Staatsregierung und speziell der bayerische Finanzminister damals getan, um die GBW-Wohnungen im Rahmen des Beihilfeverfahrens in staatlichem Besitz zu halten? Ich habe dazu im Jahr 2012 eine Anfrage gestellt. Die Antwort lautete: "Die Thematik des Verkaufs der GBW AG wurde im Rahmen des üblichen Verfahrens wiederholt im Rahmen von Besprechungsterminen in Brüssel, Telefonkonferenzen oder Telefonaten mündlich mit der EU-Kommission diskutiert." Ich muss Ihnen sagen: Hätte Ihnen etwas an den GBW-Wohnungen gelegen, müsste ein Schreiben des bayerischen Finanzministers an die EU-Kommission des folgenden Inhalts vorliegen: Sehr geehrte Damen und Herren, wir wollen die GBW AG behalten. Zeigt uns dazu eine Möglichkeit auf. – Dieses Schreiben und diese Absicht fehlen. Das werden wir in dem Untersuchungsausschuss deutlich machen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Zweitens. Es geht außerdem um die Falschmeldung des heutigen Ministerpräsidenten vom 30. Januar 2012, wonach die SPD wisse und wissen müsse, dass die EU-Kommission den Kauf dieser Wohnungen verbiete. Wir werden in diesem Parlament deutlich auf diese Falschaussage hinweisen. Der Finanzminister hat von einem klaren Verbot durch die EU-Kommission gesprochen. Davon kann keine Rede sein. Das werden wir deutlich machen.

Drittens. Umgekehrt wollen wir wissen, ob die Staatsregierung dazu beigetragen hat, dass die GBW AG frühzeitig auf die Transfer- und Privatisierungsliste gesetzt wurde. Sie hatten null Komma null Interesse, die GBW als staatliche Wohnungsbaugesellschaft zu erhalten. Auch das kann nach meiner festen Überzeugung in diesem Untersuchungsausschuss belegt werden.

Viertens. Außerdem wollen wir wissen, ob Sie alle Möglichkeiten ausgereizt haben, gemeinwohlorientiert auszuschreiben, wenn Ausschreibungen schon erforderlich waren. Dazu sind sehr viele Fragen offen.

Fünftens. Last but not least: Ist der GBW-Deal nicht ein Deal zulasten des Steuerzahlers gewesen? Musste der Unterschied zwischen dem Angebot des PATRIZIA-Konsortiums und dem Angebot der Kommunen von den deutschen und den bayerischen Steuerzahlern bezahlt werden? Auf die Antworten auf diese Fragen sind wir in diesem Untersuchungsausschuss sehr gespannt.

Ich komme zum Schluss. Die CSU hat offenbar aus politischen Gründen an dieser Aufklärung überhaupt kein Interesse; das kann ich verstehen. Möglicherweise will die CSU ihren Ministerpräsidenten schützen. Sie sieht deshalb keinen Aufklärungsbedarf. Von der Opposition geht deshalb heute das klare Signal aus: Wir werden die Fakten um die nicht erforderliche, verfehlte und von falschen Informationen begleitete Privatisierung der GBW umfassend aufklären.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Prof. Dr. Bauer von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident! Ich wollte auch den Herrn Ministerpräsidenten begrüßen, leider ist er nicht da. Das bedauere ich sehr; es wäre sehr interessant gewesen, hier zuzuhören, was wir von der Opposition zu diesem spannenden Thema zu sagen haben.

Wir haben gemeinsam mit den anderen Oppositionsparteien den Untersuchungsausschuss eingesetzt. Wir stehen voll dahinter; er ist notwendig, er ist richtig. Kollege Halbleib hat hier schon einiges dazu gesagt; ich möchte noch andere Schwerpunkte

ansprechen und aufklären, was wir mit diesem Untersuchungsausschuss schlussendlich bezwecken.

Die Bayerische Landesbank hat im April 2013 den Verkauf ihrer GBW-Anteile beschlossen, das ist der Schlusspunkt. Man muss das auch in einem zeitlichen Zusammenhang sehen. Das war kurz vor der Landtagswahl, und offensichtlich mussten einige Probleme abgeräumt werden. Diese zeitliche Folge ist ein wichtiger Punkt in unserem Untersuchungsausschuss.

Die damalige Veräußerung der GBW-Anteile und der damit rund 33.000 Wohnungen in ganz Bayern – das ist auch wichtig; es betrifft nicht nur die Kommunen im Ballungsraum, sondern auch Kommunen im flachen Land – beschäftigt dieses Haus schon lange. Bis zum heutigen Tag – das ist eine sehr wichtige Feststellung auch von der Fraktion der FREIEN WÄHLER – sind aber viele Fragen offen bzw. ungeklärt, und es wurden keine schlüssigen Antworten gegeben. Die Staatsregierung ist hier Antworten schuldig geblieben, auf die wir drängen müssen. Darauf müssen wir als Parlamentarier drängen; denn das Parlament – und da sind auch Sie von der CSU-Fraktion gefragt – hat nach der demokratischen Aufteilung der Rechte auch die Exekutive zu kontrollieren. Dabei appelliere ich auch an Sie, und ich verstehe überhaupt nicht, dass Sie dem Fragenkatalog nicht beitreten. Das ist ein sehr schlechter politischer Stil.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Reiß (CSU))

Als CSU-Parlamentarier sind Sie verpflichtet, die Regierung, die Exekutive, zu kontrollieren. Das sollten Sie sich ins Stammbuch schreiben!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wird immer viel von Wahlkampf gesprochen. Ich habe dazu Ausführungen gemacht, deswegen lasse ich diesen Part jetzt aus. – Wir sind es den über 80.000 Mietern schuldig, aufzuklären. Alle Mieter in Bayern müssen diesen sozialpolitischen Super-GAU, der passiert ist, kennen, um weiter

Vertrauen in den parlamentarischen Betrieb und in unsere Demokratie zu haben. Wir wollen dieses Vertrauen stärken, und dazu haben auch Sie die Chance. Sie können uns doch nachweisen, Herr Kreuzer, dass Sie recht haben. Nutzen Sie diese Chance! Kreiden Sie nicht immer an, wir würden nur verhindern wollen, sondern nutzen Sie die Chance, wenn Sie recht haben und alle Argumente auf Ihrer Seite liegen. Nutzen Sie das, und schließen Sie sich dem Fragenkatalog an, anstatt sich auszuschließen, denn das ist kein parlamentarisches Vorgehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Der damalige Verkauf der GBW-Anteile betrifft ganz Bayern. Die Standorte liegen verteilt von Aschaffenburg bis Berchtesgaden und von Rothenburg ob der Tauber bis Furth im Wald.

Die Frage, ob die Staatsregierung im Beihilfeverfahren und im Rahmen der Umsetzung des finalen Beschlusses der EU-Kommission alle zur Verfügung stehenden Spielräume ausgenutzt hat, um einem Verkauf der GBW-Anteile zu entgehen, müssen wir auch aufklären. Das ist die Schlüsselfrage, die zu stellen ist, wenn es immer heißt, die EU habe das alternativlos vorgegeben. Nutzen Sie doch diese Gelegenheit! Schließen Sie sich an! Dann sagen Sie das!

(Thomas Kreuzer (CSU): Vor sechs Jahren! Das haben wir vor sechs Jahren aufgeklärt, Herr Bauer! Vorwahlkampf im Parlament! Ein Skandal, was Sie machen!)

– Wir haben hier keine Diskussion. Sie können gerne Zwischenrufe machen,

(Thomas Kreuzer (CSU): Ja, die mache ich auch!)

aber auf eine Diskussion lasse ich mich mit Ihnen nicht ein; das sollten Sie auch wissen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Ist auch besser für Sie!)

Ich bitte auch um etwas Respekt, denn was Sie hier abliefern, ist einfach

(Volkmar Halbleib (SPD): Aggressive Haltung!)

unterirdisch, und das verbitte ich mir auch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Ich bin genauso wie Sie ein frei gewählter Abgeordneter. Ich habe die Bürgerinteressen zu vertreten. Ich habe jeden Tag Anrufe von Mietern aus Erlangen und aus Nürnberg, die mir ihre Probleme schildern und mir sagen, die 85-jährige Oma müsste jetzt ausziehen, weil ihre Wohnung luxussaniert sei. Diesen Fragen müssen Sie sich stellen, und dann können Sie das S in Ihrer Partei gerne vergessen, Herr Kreuzer.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Wir wollen auch noch einmal nach dem möglichen Erhalt der GBW-Wohnungen in öffentlicher Hand fragen und aufklären, was hier passiert ist. Nach Möglichkeit wollen wir auch den wirksamen Schutz für die Mieter wieder einführen. Das ist wichtig. Das betrifft doch die Mieter, die zu mir kommen, die sich in der Bürgersprechstunde an mich wenden. Das ist wesentlich. Ich kümmere mich. Ich nehme die Menschen ernst und kümmere mich um die Probleme – ich spreche Ihnen das nicht ab; nicht dass Sie mich wieder falsch verstehen –, und ich dokumentiere hier mit der Einsetzung des Untersuchungsausschusses, dass die Rechte der Mieter und das soziale Gesicht Bayerns erhalten bleiben.

Meine Damen und Herren, es gibt einen politischen Ratschlag von einem der ersten Politikberater der Neuzeit, an den ich mich heute erinnert fühle. Niccolò Machiavelli schreibt in seinem Werk "Der Fürst" sinngemäß, man solle doch grundsätzlich möglichst milde, treu, menschlich aufrichtig und fromm erscheinen. Sollte das aber nicht möglich sein, müsse ein Politiker auch das Gegenteil tun und skrupellos handeln. – Genau diese beiden Gesichter müssen wir herausarbeiten. Wie ist es nun gehandelt worden? Was hat die Entscheidung bestimmt? Wie ist es zu dieser Entscheidung gekommen?

Wir FREIEN WÄHLER hoffen daher gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen und auch mit Ihnen von der CSU auf vollständige Aufklärung. Ich appelliere noch einmal an Ihre Mitarbeit und an Ihre Chance, das endlich aufzuklären und reinen Tisch zu machen. Das ist doch für Sie, wenn Sie recht haben, der beste Erfolg, den Sie erzielen können.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Reiß (CSU))

– Ja, das weiß ich schon. Das brauchen Sie mir nicht zu sagen. Das kenne ich genau nach dem Drehbuch. Das haben wir ja schon in dieser Vorbesprechung erlebt, Herr Reiß.

Ich möchte zum Schluss noch einmal betonen: Hier geht es um das soziale Bayern, um rund 85.000 Menschen und um über 33.000 Wohnungen, und gerade angesichts der neulich vorgetragenen Ankündigung – Herr Halbleib hat das auch gerade ausgeführt – einer neuen Wohnungsbaugesellschaft ist es umso unverständlicher, dass die GBW-Wohnungen damals verkauft wurden. Wir haben einen Rekordhaushalt, auf den wir alle miteinander stolz sind. Das sozialpolitische Problem ist dabei aber, dass sich der soziale Wohnungsbau in Bayern auf einem Tiefpunkt befindet. Wir müssen deswegen hier neue Strukturen schaffen und aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Nur dann kann man eine für die Zukunft sinnvolle Politik machen.

Ihre neulich verlautbarte Ankündigung, sehr geehrter Herr Ministerpräsident in Abwesenheit, 2.000 Wohnungen schaffen zu wollen, nachdem man vorher 33.000 Wohnungen hergegeben hat, muss für die betroffenen GBW-Mieter und -Mieterinnen geradezu Hohn und Spott sein – das sage ich jetzt einmal neutral formuliert. Wir wollen aber aufklären, was hier war, und wir FREIEN WÄHLER werden deshalb nicht lockerlassen, bis alle Fragen im Zusammenhang mit dem Verkauf der GBW-Anteile im Untersuchungsausschuss geklärt sind. Das sind wir den Mieterinnen und Mietern der GBW schuldig, das sind wir dem sozialen Bayern schuldig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Mütze vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wohnungspolitische Ankündigungen der CSU-Staatsregierung gab es in den vergangenen Jahren genug. Innenminister Herrmann wollte 2014 beispielsweise zum Jahr des Wohnungsbaus machen – als ob ein Jahr hierfür gereicht hätte. Das verkündete Ziel waren 70.000 neue Wohnungen pro Jahr, mehr als etwa 54.000 sind es seitdem aber nie geworden. Ziel verfehlt, die Mieten steigen jeden Tag weiter. Ob die Ankündigungen des neuen Ministerpräsidenten, den wir heute hier vermissen – ich kann das aber nachvollziehen, denn ein solches Thema ist unangenehm, vor allen Dingen, wenn man es selbst zu verantworten hat –, zum Erfolg führen, ist auch völlig offen.

Die Frage ist: Weshalb müssen wir in Bayern mit staatlicher Wohnungsbaupolitik wieder bei null beginnen? Wir gründen jetzt eine BayernHeim. Hatten wir nicht schon einmal eine Wohnungsbaugesellschaft – ich meine jetzt nicht die GBW? – Ja, hatten wir. Diese hieß Landeswohnungs- und Städtebaugesellschaft. Sie hatte mehrere kerngesunde regionale Wohnungsbaugesellschaften und eine verlustreich arbeitende Muttergesellschaft, die nach dem vom damaligen Innenminister Stoiber befürworteten Ausflug ins Bauträgergeschäft und in den Gewerbebau in den Neunzigerjahren Insolvenz anmelden musste. Verlust: 700 Millionen DM.

Die Wohnungen der Regionalgesellschaft wurden nach der Insolvenz an die Landesbank gegeben und in die GBW überführt. Für die Mieterinnen und Mieter war damit erst einmal Ruhe. 2008 brauchte aber die BayernLB nach Ausflügen ins US-Immobilien-geschäft schon wieder Immobilien – vielleicht lassen Sie besser einmal die Finger davon – und nach dem verfehlten Kauf der Hypo Alpe Adria Kapitalhilfen: 10 Milliarden Euro plus weitere staatliche Garantien. Wer war politisch dafür verantwortlich? – Die Regierung unter dem Ministerpräsidenten Stoiber. Irgendwann steht dann im Zuge des Beihilfeverfahrens der EU der Verkauf der GBW im Raum. Die Mieterinnen und

Mieter müssen wieder bangen. Diesmal geht es nicht gut für sie aus. Die GBW-Anteile werden an private Investoren verkauft. Das ist nicht nur schlecht für die Mieterinnen und Mieter, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern auch für die staatliche Wohnungspolitik. Von der CSU wird hier in diesem Saal gern gesagt: "Aber die Wohnungen sind doch nicht weg! Die sind doch immer noch auf dem Markt!" Das ist wahr.

(Markus Rinderspacher (SPD): Viel zu teuer!)

Aber diese Feststellung geht am Problem vorbei. Das ist doch ein Unterschied, ob es einen Eigentümer in öffentlicher Hand gibt, der eine Verantwortung für diese Wohnungen hat, oder ob es private Eigentümergesellschaften gibt, die ausschließlich die finanziellen Interessen der Investoren vertreten.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD – Markus Rinderspacher (SPD): Die Mieten sind dramatisch gestiegen!)

– Genau. Es ist doch ein Unterschied, ob es um Mietwohnungen geht oder um zumindest teilweise in Eigentumswohnungen umgewandelte Wohnungen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, Ihre Reihen sind nicht gerade voll. – Eigentumswohnungen haben wir doch genug. An Eigentumswohnungen liegt es doch nicht, oder? Was fehlt, sind bezahlbare Mietwohnungen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Wie viele GRÜNE sind im Moment da, Herr Kollege Mütze? Wie viele GRÜNE-Kollegen sind da? – Gegenruf von der CSU: Fünf!)

– Prozentual sicherlich mehr als bei Ihnen, Herr Kreuzer. Prozentual sicher mehr als bei Ihnen. Vielleicht können wir ja wieder inhaltlich reden, Herr Kreuzer.

(Markus Rinderspacher (SPD): Etwa die Hälfte, und bei Ihnen sind es 10 %, Herr Kreuzer! – Thomas Kreuzer (CSU): Wir sind doch da!)

Deswegen ist das Baukindergeld nicht das richtige Mittel, oder besser gesagt, es ist ein Quatsch; denn keine einzige Mietwohnung entsteht mit dem Baukindergeld, liebe

Kolleginnen und Kollegen. Mit dem Baukindergeld entstehen vielleicht Eigenheime, aber doch keine Mietwohnungen!

Daher bleiben die Fragen: Musste die GBW tatsächlich und absolut unausweichlich als Ausgleich für die staatlichen Beihilfen an die BayernLB erhalten? Hätte sich die Staatsregierung nicht für die Mieterinnen und Mieter der GBW-Wohnungen einsetzen müssen, auch wenn sie damit Ärger mit der EU provoziert hätte? Und weshalb scheute die CSU ausgerechnet bei der GBW den Konflikt mit der EU?

Ich nenne Ihnen mal ein anderes Beispiel, bei dem Sie sehr wohl den Konflikt mit der EU gesucht haben: bei der Ausländermaut. Da haben Sie gesagt: Wir werden uns in Brüssel durchsetzen. – Da waren Sie stark. Da waren Sie meinungsstark. Das ist zwar immer noch nicht durchgesetzt, aber macht ja nichts. Das war Ihnen wichtig. 33.000 Wohnungen waren Ihnen nicht wichtig. Das ist offensichtlich.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Alexander König (CSU): Das ist Quatsch, und das wissen Sie auch!)

– Das ist kein Quatsch. Das werden wir ja herausfinden, lieber Herr Vorsitzender in spe. Das werden wir herausfinden. – Das alles hätte sich vermeiden lassen, wenn die CSU und die Staatsregierung es gewollt hätten, wenn sie ihre Prioritäten richtig gesetzt hätten. Gegenteilige Behauptungen der Staatsregierung und der Mehrheitsfraktion hören wir uns seit Jahren an. Der Kollege Weidenbusch hat sie erst letztens hier im Hause wiederholt. Letztlich steht Aussage gegen Aussage. Es reicht uns jetzt, weil wir von Ihnen nicht das bekommen, was wirklich in diesen Papieren steht. Leider bekommen wir das im parlamentarischen Verfahren nicht. Das bekommen wir nur über einen Untersuchungsausschuss, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Nur mit Akteneinsicht und nur mit Zeugenbefragungen lassen sich diese Fragen beantworten. Und es bleibt weiterhin die Hoffnung, dass sich die verfehlte Immobilienpo-

litik der Staatsregierung in Zukunft nicht fortsetzt. Sie ist nicht groß; denn wenn sich der neue Ministerpräsident ausgerechnet seinen Vorvor-Vorgänger Stoiber als Vorbild nimmt, ist die nächste Pleite garantiert.

(Beifall bei den GRÜNEN – Volkmar Halbleib (SPD): Sehr gute Rede!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege König von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Alexander König (CSU): Verehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Opposition möchte heute einen Untersuchungsausschuss zum Verhalten der bayerischen Behörden im Zusammenhang mit dem Verkauf der GBW-Anteile durch die Bayerische Landesbank im April 2013 einsetzen. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich wiederhole: Heute, am 26. April des Jahres 2018, möchten die Oppositionsfraktionen einen Untersuchungsausschuss zum am 8. April des Jahres 2013 bekannt gegebenen Verkauf der GBW-Anteile der Bayerischen Landesbank einsetzen.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Die Opposition möchte also einen Sachverhalt untersuchen, der mehr als fünf Jahre zurückliegt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist brandaktuell! – Zuruf des Abgeordneten Tobias Reiß (CSU))

– Wenn es seitdem etwas zu untersuchen gegeben hätte, Herr Kollege Rinderspacher, hätten die Opposition und auch Sie, Herr Kollege Rinderspacher, Jahre Zeit gehabt, einen Untersuchungsausschuss zu beantragen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ärgert Sie wirklich!)

Sie, die Opposition, machen das aber erst heute.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Begründet ihr die Wohnungsbaugesellschaft mal! – Tobias Reiß (CSU): Wahlkampf!)

Einschließlich September 2018 sind es gerade einmal acht reguläre Sitzungswochen bis zum Ende der Legislaturperiode. Dies zeigt zum einen, Herr Kollege Aiwanger, dass es Ihnen im Besonderen, aber der Opposition im Allgemeinen, nicht um zukunftsgerichtete Fragen und Lösungen geht,

(Lachen des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD) – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Natürlich geht es uns darum!)

sondern darum, dass Sie wieder vor allem in der Vergangenheit leben.

(Beifall bei der CSU)

Zum anderen wird aus dem zeitlichen Ablauf auch deutlich,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir lernen aus der Vergangenheit, aber ihr nicht! Ihr wiederholt sie!)

um was es sich bei der heutigen Einsetzung eines Untersuchungsausschusses eigentlich handelt. Es handelt sich um nichts anderes als um ein reines Wahlkampfmanöver.

(Beifall bei der CSU)

Das haben die Vorredner der Opposition soeben deutlich gemacht.

(Volkmar Halbleib (SPD): Nein!)

Denn sie haben in Ihren Reden die vergangenheitsbezogenen Fragen eines Fragenkatalogs eines Untersuchungsausschusses mit den aktuellen politischen Fragen vermengt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Mit was sonst?)

Das ist ein weiterer Beleg dafür, worum es geht.

(Zurufe der Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) und Tobias Reiß (CSU))

Zudem, Herr Kollege Aiwanger, haben Sie ganz offen gesagt, um was es Ihnen geht. In einer Pressekonferenz vor sechs Wochen, am 14. März 2018, haben Sie auf die Frage eines Journalisten, warum der Untersuchungsausschuss gerade jetzt und nicht schon einige Jahre früher eingesetzt wird, gesagt, ich zitiere: "Es ist in der Politik nicht immer alles zu jedem Zeitpunkt gleich günstig."

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Stimmt ja! – Markus Rinderspacher (SPD): Das weiß ja wohl niemand besser als Sie! Deshalb hatten wir letzte Woche diese Regierungserklärung!)

Eigentlich ist damit alles gesagt. Der Opposition geht es nicht um Sachaufklärung, Ihnen auch nicht, Herr Kollege Rinderspacher,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

sondern um ein reines Wahlkampfmanöver.

(Beifall bei der CSU)

Dies stellt eine Zweckentfremdung des parlamentarischen Untersuchungsrechts dar, und es entwertet auch – bitte überlegen Sie sich das mal – die Arbeit zukünftiger Untersuchungsausschüsse.

(Volkmar Halbleib (SPD): Überhaupt nicht!)

Die Opposition missbraucht das parlamentarische Untersuchungsrecht auf sehr durchschaubare und billige Weise zu Wahlkampfzwecken. Mag dieser Vorgang auch formaljuristisch zulässig sein: Im Grunde handelt es sich bei diesem offensichtlichen Missbrauch des parlamentarischen Untersuchungsrechts um eine Missachtung des Parlaments. Bei einem solchen Missbrauch des parlamentarischen Untersuchungsrechts werden wir als CSU-Fraktion nicht mitmachen. Die CSU-Fraktion hat den vergangenen Untersuchungsausschüssen dieser Legislaturperiode aus Respekt vor dem

Minderheitenrecht immer zugestimmt. Aber für ein so durchsichtiges Wahlkampfmanöver wie heute werden wir nicht die Hand heben.

(Markus Rinderspacher (SPD): Weil Sie sich schützend vor Herrn Söder stellen wollen, deshalb! Das kann ich schon verstehen! – Volkmar Halbleib (SPD): Angstverhalten!)

Auch inhaltlich, Kollege Rinderspacher, handelt es sich bei dem Thema des Untersuchungsausschusses der Opposition um nichts anderes als den sprichwörtlichen

(Zuruf von der CSU: Angsthassen!)

alten Hut. – Stimmt genau.

Über den Sachverhalt wurde von der Staatsregierung mehrfach in transparentester Weise gegenüber dem Landtag berichtet.

(Markus Rinderspacher (SPD): Von wegen! Nichts getan!)

Weiterhin hat der Landtag die dem Verkauf der GBW-Anteile durch die Bayerische Landesbank zugrunde liegende Krisenbewältigung der Bayerischen Landesbank sogar selbst im Rahmen einer parlamentarischen Kommission begleitet und untersucht.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die hatte ganz andere Aufgaben!)

Frau Kollegin Aures war zum Beispiel Mitglied der Kommission. Im Abschlussbericht der parlamentarischen Kommission heißt es, ich zitiere: Die Mitglieder der Landtagskommission ließen sich regelmäßig über den Stand dieses Beihilfeverfahrens informieren und diskutierten die verschiedenen Aspekte des EU-Beihilfeverfahrens. Hierzu gehörten insbesondere die Vorgaben zur Geschäftsbeschränkung zur Bilanzsummenreduktion, die Vorgaben zum Verkauf von Beteiligungen (LBS, GBW AG). Zitatende!

(Norbert Dünkel (CSU): Hört, hört!)

Kolleginnen und Kollegen, entweder lässt dies den Schluss zu, dass die Arbeit der Kommission verschlafen wurde, oder aber es geht Ihnen um eine Art Pseudoaufklärung bereits aufgeklärter Sachverhalte

(Markus Rinderspacher (SPD): Das wird der Ausschuss beweisen, dass das keine Pseudo-, sondern eine echte Aufklärung ist!)

und damit im Ergebnis um nichts anderes als um ein durchschaubares Wahlkampfmanöver.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie werden überrascht sein, was herauskommt, Herr Kollege!)

– Hören Sie halt erst mal zu. Ich habe Ihnen auch so schön zugehört. Das wäre doch ganz nett, wenn Sie auch einfach mal zuhören könnten, anstatt immer dazwischenzureden! Nichtsdestoweniger gilt: Auch wenn wir heute der Einsetzung des Untersuchungsausschusses erst einmal nicht zustimmen, werden wir uns Ihrem vermeintlichen Aufklärungswillen in einem Untersuchungsausschuss nicht in den Weg stellen. Das ist wohl klar. Herr Kollege Halbleib, wir werden im Gegenteil so schnell wie möglich mit der Ausschussarbeit beginnen und alles daran setzen, dass alle 169 Fragen so rechtzeitig beantwortet werden, dass ein ordentlicher Abschlussbericht formuliert und beschlossen werden kann.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sehr schön! Das findet unsere Zustimmung!)

Allein Letzteres nimmt zumindest nach meiner Erfahrung mehrere Wochen in Anspruch. Deshalb kann das alles nur gelingen, wenn möglichst alle in Betracht kommenden Sitzungstage ohne Sitzungsende genutzt werden. Hierzu gehören auch die nicht als Sitzungswochen ausgewiesenen Wochen im Juli und August. Nur so wird es möglich sein, im September einen ordentlichen Abschlussbericht anzufertigen. Urlaub

sollten die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Untersuchungsausschusses vorsichtshalber nicht einplanen.

Wäre Ihr Fragenkatalog schneller vorgelegt worden – das wäre mit Sicherheit jederzeit möglich gewesen –, hätten wir nicht diesen Zeitdruck, sondern mehr Zeit gehabt. Wenn Sie allerdings auf einen solchen ordentlichen Schlussbericht gar keinen Wert legen sollten, würde das erneut beweisen, dass es sich bei der ganzen Aktion um ein reines Wahlkampfmanöver handelt.

Ich fasse zusammen: Sie wollen den sprichwörtlichen alten Hut nach über fünf Jahren allein zu Wahlkampfzwecken wieder aufwärmen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Fragen Sie die Mieter, ob das ein alter Hut ist!)

– Herr Kollege Aiwanger, es handelt sich dabei um offensichtlichen Missbrauch des Untersuchungsrechts. Das stellt eine Missachtung des Parlaments dar.

Wir werden für dieses durchsichtige Wahlkampfmanöver nicht die Hand heben, uns aber im Untersuchungsausschuss allen Fragen stellen und mit der Ausschussarbeit sehr zügig beginnen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie schützen die Regierung!)

– Herr Kollege Halbleib, jede Verzögerung Ihrerseits wird für jedermann offensichtlich machen, dass es Ihnen nicht um Sachaufklärung, sondern um ein reines Wahlkampfmanöver geht. Wir gehen vor allem deshalb inhaltlich gelassen in diesen Untersuchungsausschuss,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr habt ja die Mehrheit, da könnt ihr immer gelassen sein! Egal, worum es geht, ihr habt immer recht!)

weil der vermeintlich zu untersuchende Sachverhalt aufgrund der Transparenz und Aufklärung der Staatsregierung bereits jetzt offen zutage liegt.

(Zuruf des Abgeordneten Huber Aiwanger (FREIE WÄHLER))

– Herr Kollege Aiwanger, vielleicht sollten Sie lieber einmal die umfangreichen Unterlagen lesen, die uns allen zu diesem Themenkreis bereits vorliegen, anstatt dazwischenzureden. Einen wirklichen Aufklärungsbedarf gibt es aus unserer Sicht überhaupt nicht mehr.

(Markus Rinderspacher (SPD): Aber aus unserer Sicht!)

Gerade deshalb ist es umso ärgerlicher, dass Sie, die Opposition, zu diesem Thema einen Untersuchungsausschuss inszenieren, bei dem es wirklich nur um ein Wahlkampfmanöver geht. Die Bevölkerung wird, wenn sie das Ganze verfolgt, früher oder später sagen: Zeit- und Geldverschwendung, angeregt von der Opposition im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Wir schauen euch genau auf die Finger, Freunde! – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Darf ich Sie kurz darauf hinweisen, dass die Bestimmungen der Geschäftsordnung kein Dauerfeuer, also keine dauernde Störung, erlauben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie würden schauen, was ein Dauerfeuer wäre!)

– Dann lesen Sie bitte die Geschäftsordnung nach.

Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen empfiehlt Zustimmung mit Änderungen in den Nummern 1, 3.2, 3.12, 3.13 und 7.3 sowie in der Fußnote 7. Ich verweise insoweit auf die für Sie aufgelegte Drucksache 17/21893.

Wer dem Antrag auf Einsetzung des Untersuchungsausschusses zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen! – Das ist die CSU-Fraktion. Damit ist dieser Untersuchungsauftrag erteilt und beschlossen.

Nach dem vorher gefassten Beschluss besteht der Untersuchungsausschuss aus insgesamt neun Mitgliedern. Die CSU-Fraktion hat das Vorschlagsrecht für fünf Mitglieder, die SPD-Fraktion für zwei Mitglieder und die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN für jeweils ein Mitglied. Für jedes Mitglied ist nach Artikel 4 Absatz 4 des Gesetzes über die Untersuchungsausschüsse des Bayerischen Landtags von den jeweils vorschlagsberechtigten Fraktionen ein stellvertretendes Mitglied zu benennen.

Hinsichtlich der von den Fraktionen als Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder vorgeschlagenen Kolleginnen und Kollegen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste, die in der Zwischenzeit nochmals korrigiert worden ist.

(Siehe Anlage 1)

Ich gehe davon aus, dass über die vorgeschlagenen Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder gemeinsam abgestimmt werden kann. – Widerspruch erhebt sich nicht. Dann lasse ich so abstimmen.

Wer mit der Entsendung der in der aufgelegten Übersicht genannten Kolleginnen und Kollegen in den Untersuchungsausschuss einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen! – Auch keine. Dann ist es so beschlossen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

– Herr Dürr, wir sind jetzt in der Abstimmung. Ich brauche von Ihnen keine Zwischenrufe.

Gemäß Artikel 3 Absatz 1 des Gesetzes über die Untersuchungsausschüsse des Bayerischen Landtags bestellt die Vollversammlung den Vorsitzenden sowie den stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses. Vorsitzender und Stellvertreter müssen jeweils verschiedenen Fraktionen angehören und sollen die Befähigung zum Richteramt haben. Nach Artikel 3 Absatz 2 des Gesetzes über die Untersuchungsausschüsse des Bayerischen Landtags steht der CSU-Fraktion das Vorschlagsrecht für den Vorsitzenden zu. Das Vorschlagsrecht für den stellvertretenden Vorsitzenden besitzt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Als Vorsitzenden hat die CSU-Fraktion Herrn Alexander König vorgeschlagen. Als dessen Stellvertreter wurde von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN Herr Kollege Thomas Mütze benannt. Ich gehe davon aus, dass wir auch über diese beiden Vorschläge gemeinsam abstimmen.

Wer mit den Vorschlägen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt. Ich wünsche den bestellten Kolleginnen und Kollegen viel Erfolg bei ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit, die bis zum Ende dieser Legislaturperiode beendet werden soll.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

Bestellung der Mitglieder für den Untersuchungsausschuss

Tagesordnungspunkt 2

Von den Fraktionen werden die nachstehend genannten Mitglieder des Landtags zur Bestellung in den Untersuchungsausschuss zur Untersuchung eines möglichen Fehlverhaltens der verantwortlichen bayerischen Behörden, insbesondere der zuständigen Staatsministerien, der Staatskanzlei, des damaligen Staatsministers der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat Dr. Markus Söder und weiterer politischer Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger im Zusammenhang mit dem Verkauf der GBW-Anteile durch die Bayerische Landesbank (BayernLB) im April 2013 vorgeschlagen:

Mitglieder:

stellvertretende Mitglieder:

CSU:

Alexander **König**

Florian **Hölzl**

Robert **Brannekämper**

Andreas **Lorenz**

Hans **Herold**

Hans **Ritt**

Ernst **Weidenbusch**

Dr. Harald **Schwartz**

Mechthilde **Wittmann**

Karl **Straub**

SPD:

Inge **Aures**

Horst **Arnold**

Volkmar **Halbleib**

Ruth **Waldmann**

FREIE WÄHLER:

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter **Bauer**

Florian **Streibl**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Thomas **Mütze**

Jürgen **Mistol**